

## **Vorlage für die Sitzung des Senats am 17.09.2019**

### **„Zentrales Finanzcontrolling Monatsbericht Januar bis Juli 2019“**

#### **A. Problem**

Der Senat ist regelmäßig über die aktuelle Haushaltslage insgesamt und die Konsolidierungspfade der bremischen Einzelhaushalte zu informieren.

#### **B. Lösung**

Mit dem anliegenden Monatsbericht Januar bis Juli 2019 zum Zentralen Finanzcontrolling berichtet die Senatorin für Finanzen insbesondere über die Entwicklung des Stadtstaaten-Haushalts und die Konsolidierungspfade der bremischen Einzelhaushalte.

Insgesamt verzeichnet der Stadtstaat nach sieben Monaten mit - 141 Mio. € einen um 82 Mio. € besseren Finanzierungssaldo als geplant (vgl. Ausführungen unter 2.3 des anliegenden Berichts auf den Seiten 12 und 13). Zusätzlich verzerren Sondereffekte, wie eine hohe Planwertüberschreitung der Investitionsausgaben, die ausschließlich auf die früher als geplante Auszahlung der Eigenkapitalerhöhung für die Gesundheit Nord GmbH in Höhe von 64 Mio. € zurückzuführen ist, diesen Wert.

Maßgeblich zu dieser rechnerisch positiven Entwicklung tragen insbesondere die sonstigen konsumtiven Mehreinnahmen sowie die Steuermehreinnahmen bei, während bei den Ausgaben gleichzeitig moderate Steigerungen zu verzeichnen sind.

#### **C. Alternativen**

Werden nicht vorgeschlagen.

#### **D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Keine direkten finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Eine Ungleichbehandlung der Geschlechter ist nicht zu erkennen, da diese Vorgaben Frauen und Männer gleichermaßen betreffen.

#### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Der Bericht wurde mit der Senatskanzlei abgestimmt.

## **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Der Bericht ist für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet und wird über das zentrale elektronische Informationsregister der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

## **G. Beschluss**

Der Senat nimmt den erweiterten Halbjahresbericht Januar bis Juli 2019 des zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis und bittet den Senator für Finanzen, den Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend zu informieren.

# **Zentrales Finanzcontrolling**

Monatsbericht Januar bis Juli 2019



**Der Senator für Finanzen**

## **Gliederung**

1.	Sozioökonomische Entwicklung .....	2
2.	Haushalt des Stadtstaates Bremen .....	9
2.1	Vorbemerkungen .....	9
2.2	Konsolidierungspfad .....	10
2.3	Kernhaushalt .....	12
2.3.1	Einnahmen .....	13
2.3.2	Ausgaben .....	16
3.	Haushalt des Landes Bremen .....	19
4.	Haushalt der Stadt Bremen .....	20

## Entwicklung der bremischen Haushalte

Januar – Juli 2019

### 1. Sozioökonomische Entwicklung

Die jeweilige Lage der Staatsfinanzen steht immer auch in Abhängigkeit von der sozioökonomischen Lage des Staates: Steuereinnahmen hängen eng mit der konjunkturellen Lage zusammen, Ansprüche Bremens aus den Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit der Bevölkerungszahl, bedeutsame Pflichtausgaben mit der Arbeitslosigkeit und der demographischen Entwicklung. Neben Bundesgesetzen, die Bremen zu Ausgaben verpflichten oder Einnahmen festlegen, beeinflussen sozioökonomische Verbesserungen und Verschlechterungen als externe Rahmenbedingungen die finanzwirtschaftliche Entwicklung Bremens.

An erster Stelle ist die Bevölkerungsentwicklung des Stadtstaates entscheidend für Einnahmen aus der bundesstaatlichen Finanzverteilung. Diese wirkt nach dem derzeit noch gültigen wie nach dem zukünftigen System vor allem nach Einwohnerinnen und Einwohnern. Besonders für die Stadtstaaten ist das Halten und Gewinnen von Einwohnerinnen und Einwohnern innerhalb der Landesgrenzen von grundlegender Bedeutung. Gleichzeitig bewirken Bevölkerungsentwicklungen auch ausgabenseitige Bedarfsveränderungen.

Im Jahr 2018 wuchs die Bevölkerung des Landes Bremen erneut und mit derselben moderaten Geschwindigkeit wie im Vorjahr. Der Bevölkerungsanstieg betrug rund 0,3 % (entsprechend + 2.000 Menschen) und fand anders als noch im Vorjahr überproportional in der Stadtgemeinde Bremerhaven statt (+ 0,5 %). Die Bevölkerung der Seestadt nahm um 600 Personen auf 113.600 zu, die der Stadtgemeinde Bremen um 1.350 Personen auf 569.300.

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung nach Stadtgemeinden und Altersgruppen

Bevölkerung	Land		Stadt HB		Stadt Bhv		Maßstab der Bedarfe für...
	2018	Zuwachs in %	2018	Zuwachs in %	2018	Zuwachs in %	
<b>insgesamt</b>	682.986	0,3%	569.352	0,2%	113.634	0,5%	
<b>unter 3</b>	20.588	1,2%	17.073	1,9%	3.515	-2,4%	<b>Betreuung U3</b>
<b>3 bis 6</b>	18.981	4,0%	15.565	4,0%	3.416	3,9%	<b>Kindergärten</b>
<b>6 bis 10</b>	23.077	0,2%	18.855	-0,2%	4.222	2,3%	<b>Grundschulen</b>
<b>10 bis 16</b>	35.300	1,2%	28.884	1,2%	6.416	1,3%	<b>Sekundarstufe I</b>
<b>16 bis 19</b>	19.005	-4,3%	15.640	-4,4%	3.365	-3,9%	<b>Sekundarstufe II</b>
<b>19 bis 25</b>	52.714	1,5%	44.238	1,4%	8.476	1,9%	<b>Tertiäre Bildung</b>
<b>25 bis 65</b>	369.346	0,1%	309.841	0,0%	59.505	0,5%	<b>Erwerbsaktive</b>
<b>65 bis 80</b>	100.132	-1,5%	82.557	-1,7%	17.575	-0,7%	<b>Rentner</b>
<b>über 80</b>	43.843	4,3%	36.699	4,5%	7.144	3,3%	<b>Hochbetagte</b>

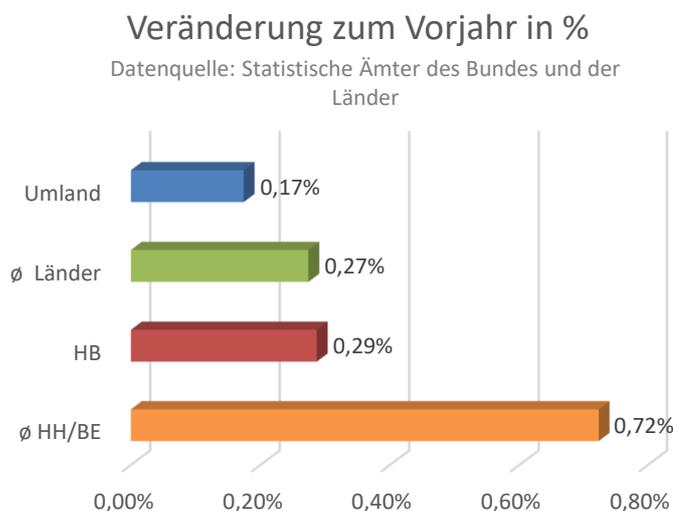
Datenquelle: Statistisches Landesamt

Nach Altersgruppen betrachtet setzte sich der Trend des Vorjahres fort. Vor allem drei Kohorten prägen die Entwicklung: erstens stieg die Zahl der Kinder

im Kindergartenalter um 4 % binnen eines Jahres an. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass es in den Vorjahren geburten- und zuwanderungsbedingt zu einem starken Anstieg der Zahl der U3-Kinder gekommen war (+ 7,2 % im Jahr 2016). Diese Kinder wachsen nun ins Kindergartenalter hinein. Zweitens nahm die Zahl der 16-19-Jährigen weiter durch Volljährigkeit sowie Fortzug spürbar ab, die ebenfalls zuvor zuwanderungsbedingt stark angestiegen war. Drittens setzte sich im Zuge der Bevölkerungsalterung die Zunahme der Bevölkerungszahl der Über-80-Jähriger unvermindert fort. Alle drei Trends resultieren in vom Bildungs- und Sozialwesen zu erfüllenden Bedarfen in den Quartieren (die Aufteilung auf die Quartiere ist Gegenstand der der Fachplanung und wird hier nicht behandelt). Gleichzeitig kann aber auch festgestellt werden, dass der Umfang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die zur Generierung öffentlicher Einnahmen beitragen kann, derzeit stabil bleibt (+ 0,1 %).

Für die Finanzausstattung des Stadtstaates maßgeblich ist gleichwohl die Bevölkerungsentwicklung im Vergleich zur Ländergesamtheit (Abbildung 1). Diese wird vor allem durch die Höhe der Wanderungsgewinne (Abbildung 2) bestimmt, da sich aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung auch im Jahr 2018 ein leichter Sterbeüberschuss ergab (- 900 Personen).

**Abb. 1: Bevölkerungswachstum 2018 im Vergleich**



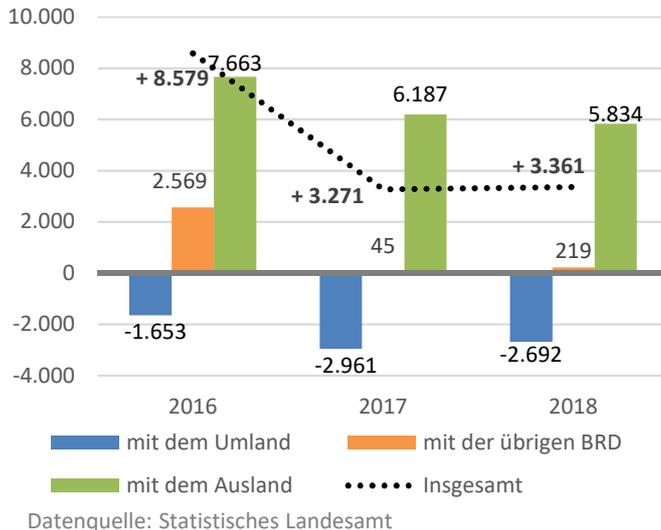
Mit einem Bevölkerungswachstum von + 0,29 % lag das Land Bremen auch im Jahr 2018 wieder im Durchschnitt der Länder. Der für die bundesstaatliche Finanzverteilung mit ausschlaggebende Bevölkerungsanteil Bremens an der Ländergesamtheit verbleibt dadurch bei 0,823 %. Auf diesen Wert war die Kennziffer seit dem historischen Tiefstand im Jahr 2001 langsam angewachsen. Seit dem Jahr

2016 stagniert sie nunmehr auf diesem Niveau. Bremen bleibt damit hinter der dynamischeren Bevölkerungszunahme der anderen Stadtstaaten zurück, die deutlich überproportional ausfällt (+ 0,72 %). Gegenüber den Umlandgemeinden Bremen und Bremerhavens hingegen hebt sich der Zwei-Städte-Staat im Jahr 2018 sichtbar positiv ab und setzt damit den Trend fort, dass Bremen und Bremerhaven seit Mitte der 2000er-Jahre leicht stärker wachsen als ihr Umland.

Die Statistischen Ämter weisen darauf hin, dass die Entwicklung insbesondere der Wanderungsstatistik ab Berichtsjahr 2016 aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen und Umstellungen sowie Problemen bei der melderechtlichen Erfassung von Schutzsuchenden nur bedingt mit den

Vorjahreswerten vergleichbar sind. Bei der Interpretation der nachfolgenden Abbildung 2 sollten die dargestellten Salden insbesondere der Jahre 2016/17 daher vor allem über die Gesamtheit der abgebildeten Jahre hinweg interpretiert werden und nicht in erster Linie als einzelne Jahre im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr.

**Abb. 2: Jüngste Wanderungssalden des Landes Bremen**

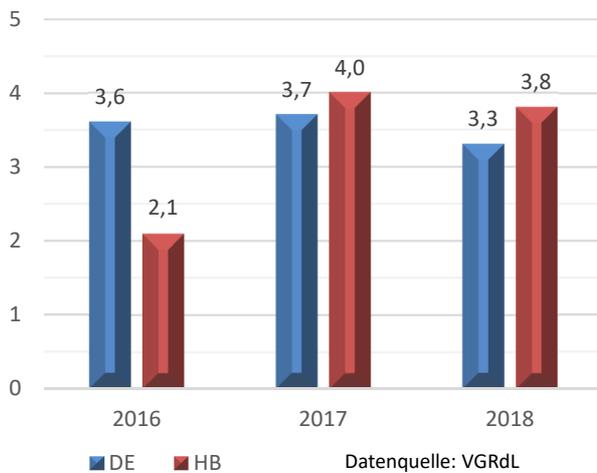


Der für das Bevölkerungswachstum des Landes Bremen ausschlaggebende Wanderungsgewinn betrug 2018 knapp 3.400 Personen. Netto-Verluste an das Umland (knapp - 2.700) wurden bei einem Saldo mit dem übrigen Bundesgebiet von nur leicht über null (+ 200 Personen) von Netto-Gewinnen mit dem Ausland (rd. + 5.800 Menschen) überkompensiert. Die Wanderungsgewinne mit dem Ausland sind damit

weiter, wenn auch nur leicht, rückläufig. Der Rückgang ist anders als noch im Vorjahr nicht auf verminderte Zuzüge, sondern auf gestiegene Fortzüge zurückzuführen. Umgekehrt entwickelt sich die Umlandwanderung: Die Verluste an das Umland sind nach dem hohen Wert des Jahres 2017 leicht rückläufig, was nicht auf einen Rückgang der Abwanderung zurückzuführen ist, sondern auf leicht stärkeren Zuzug aus den Nachbargemeinden. Dasselbe Muster ist ursächlich für die leichte Verbesserung der Wanderungsgewinne mit dem übrigen Bundesgebiet. Insgesamt lag der Wanderungssaldo des Landes Bremen damit auf Vorjahresniveau.

Von herausgehobener Bedeutung für die staatliche Finanzlage Bremens ist auch die Wirtschaftslage. Das Wirtschaftswachstum (Abbildung 3) schlägt sich grundsätzlich beinahe eins zu eins in steigendem Steueraufkommen nieder (sog. ‚Aufkommenselastizität‘, Abbildung 4) und korreliert eng mit der Zunahme sozialversicherungs- und steuerpflichtiger Erwerbstätigkeit (Abbildung 5). Die Beschäftigungslage trägt wiederum zur Verringerung von Ausgaben für Sozialleistungen bei, die insbesondere auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind (Abbildungen 6 und 7).

**Abb. 3: BIP-Wachstum (nominal) in %**

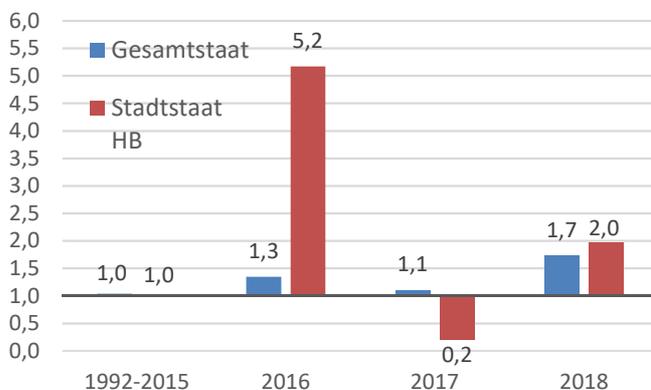


Das Wachstum der Bremer Wirtschaft zeigte sich auch im Jahr 2018 anhaltend robust. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs nominal um 3,8 % (Bund: 3,3 %) an und rangierte damit erneut in der Spitzengruppe der Länderwerte. Preisbereinigt entspricht dies einem Realzuwachs von 2,1 % (Bund: 1,4 %). Der Wert der im Land Bremen erwirtschafteten Waren und Dienstleistungen erreichte damit ein Volumen von knapp

34,3 Milliarden €. Das positive Gesamtbild wird getrübt von der Wertekorrektur der Vorjahre im Zuge der jährlichen BIP-Revision. Die Revision führte zu einer Absenkung der Bremer Werte auch im Bundesvergleich. Demnach fiel das Jahr 2017 weniger kräftig und das Jahr 2016 spürbarer unterdurchschnittlich aus als noch vor der Revision errechnet.

Das Wirtschaftswachstum sorgt üblicherweise auch für ein steigendes Steueraufkommen. Im langjährigen Durchschnitt steigen Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen gleichmäßig an, die sog. Aufkommenselastizität entspricht dem Wert 1,0 (Abbildung 4). In einzelnen Jahren kann der Wert aber abweichen, gerade in einem kleinen Stadtstaat wie Bremen kommt es regelmäßig zu Ausschlägen. Für die Frage, in welchem Maß sich das aktuelle Wirtschaftswachstum in den öffentlichen Kassen niederschlägt, ist daher die Aufkommenselastizität des Einzeljahres bedeutsam.

**Abb. 4: Aufkommenselastizität**

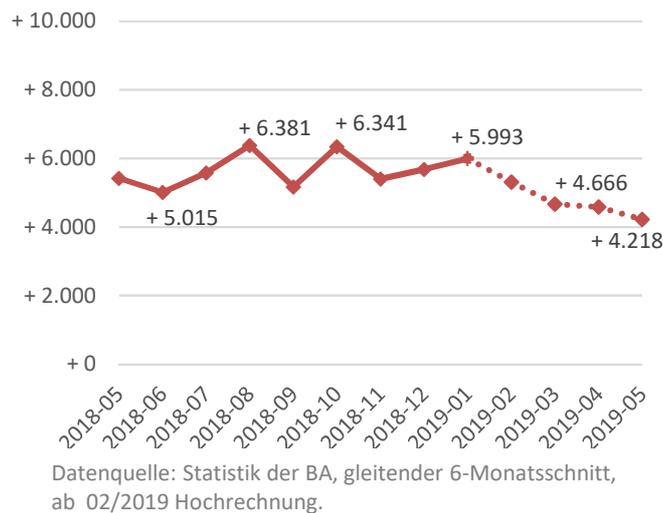


Datenbasis: Zentrales Finanzcontrolling HB, Kassenstatistik DeStatis.

Im abgelaufenen Jahr schlug sich das Wirtschaftswachstum überdurchschnittlich in den öffentlichen Kassen nieder. Der Zuwachs der steuerabhängigen Einnahmen fiel in Relation zum Wirtschaftswachstum doppelt so hoch aus wie im langjährigen Durchschnitt (Aufkommenselastizität von 2,0). Auch der Gesamtstaat aus Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen verzeichnete ein gegenüber dem Wirtschaftswachstum 1,7-faches Einnahmepplus. Die grafische Darstellung in Abbildung 4 spiegelt diese sehr positiven

Werte nur eingeschränkt wider, weil die Skala vom extrem hohen Wert Bremens im Jahr 2016 (5,2) geprägt wird. Dieser wurde vor allem durch den damals enormen Zuwachs des Gewerbesteueraufkommens verursacht. Dass der Steuerzuwachs 2017 nur ein Fünftel (0,2) des Wirtschaftswachstums betrug, ist vor dem Hintergrund des sehr hohen Bremer Steuerzuwachses 2016 zu sehen, bei gleichzeitig starkem Wirtschaftswachstum.

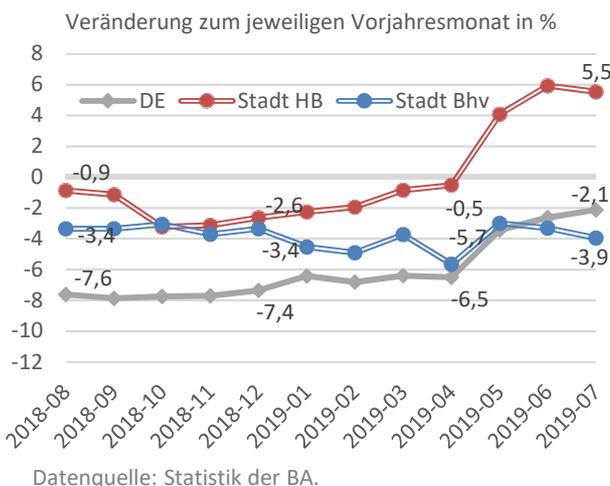
**Abb. 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort Land Bremen**



Auch die Beschäftigung setzte 2018 ihren Wachstumskurs mit weitgehend stabiler Geschwindigkeit fort. Wie bereits im Vorjahr schwankte der Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Stellen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat um den Wert 6.000. Zum Jahresende wurden damit der historische Höchstwert von 335.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

am Arbeitsort Land Bremen registriert. Erkennbar ist, dass es am aktuellen Rand zu einer Abschwächung der Beschäftigungsdynamik kommt. Die vorläufigen Werte für das laufende Jahr 2019 sinken auf Zuwächse von erstmals unter 5.000 Stellen im Vorjahresvergleich bei weiter sinkender Tendenz. Dieser Rückgang ist bundesweit zu beobachten, womit aber auch die Lücke der Bremer Wachstumsdynamik zum Bundesschnitt bestehen bleibt (Mai 2019 zum Vorjahresmonat: + 1,3 %, Bund: + 1,7 %).

**Abb. 6: Arbeitslosigkeit nach Stadtgemeinden**



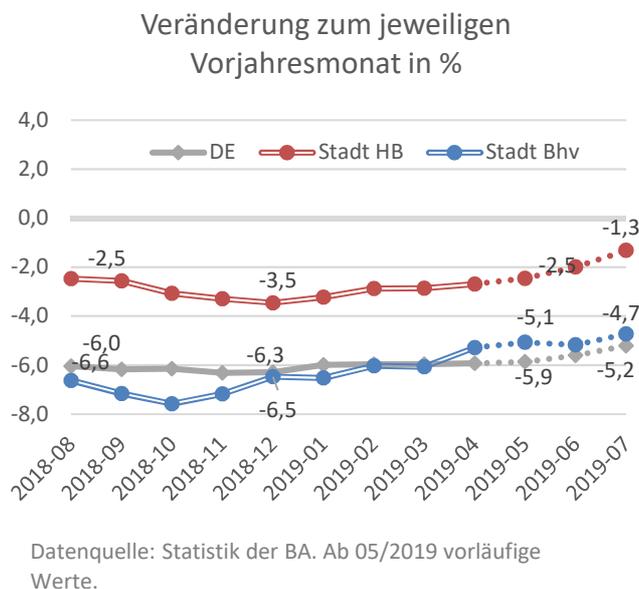
Im Jahr 2018 kam es zu einem weiteren leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit in beiden bremischen Städten, der aber hinter der bundesweiten Dynamik zurückblieb. Zum Dezember betrug der Rückgang 2,6 % in der Stadt Bremen (- 700 Personen), 3,4 % in der Stadt Bremerhaven (- 250 Personen) und 7,4 % bundesweit. Die Arbeitslosenquoten beliefen sich am Jahresende auf 8,9 %

in der Stadt Bremen, 11,8 % in Bremerhaven und 4,9 % im Bundesgebiet.

Seit Jahresbeginn 2019 nimmt die positive Dynamik bundesweit spürbar ab. Im Juli betrug die Vorjahresverbesserung im Bundesgebiet noch 2,1 %. In der

Stadt Bremen kommt es indes zu einem deutlichen Zuwachs an Arbeitslosen von + 5,5 % (+ 1.550 Personen). Dieser Anstieg wirft die Frage nach seiner Ursache auf und perspektivisch, ob es sich um den Beginn einer Trendumkehr handelt. Festgehalten werden kann zum jetzigen Zeitpunkt, dass – bezieht man in die Betrachtung für die Stadt Bremen auch die sog. nicht-arbeitslosen Arbeitsuchenden ein, also bspw. Teilnehmer/innen an Bildungsmaßnahmen – der Bestand im selbigen Zeitraum praktisch konstant bleibt (- 0,5 %). Der kräftige Anstieg der Arbeitslosenzahl in der Stadt Bremen kann daher auch auf vermehrte Zugänge von Absolvent/innen von Qualifizierungsmaßnahmen wie Sprachkursen zurückzuführen sein.

**Abb. 7: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) im SGB II nach Stadtgemeinden**



Unter den Arbeitsmarktzahlen ist die Entwicklung im Bereich der Grundsicherung (SGB II) von besonderer Bedeutung für die städtischen Finanzen. Hier sind, anders als beim Arbeitslosengeld (SGB III), die Kosten der Unterkunft kommunal zu tragen. Im Jahr 2018 ging die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) im Land Bremen um rd. 2.900 Personen zurück. Bremerhaven schnitt dabei mit einem Saldo von rund - 950 Personen (- 6,5 %)

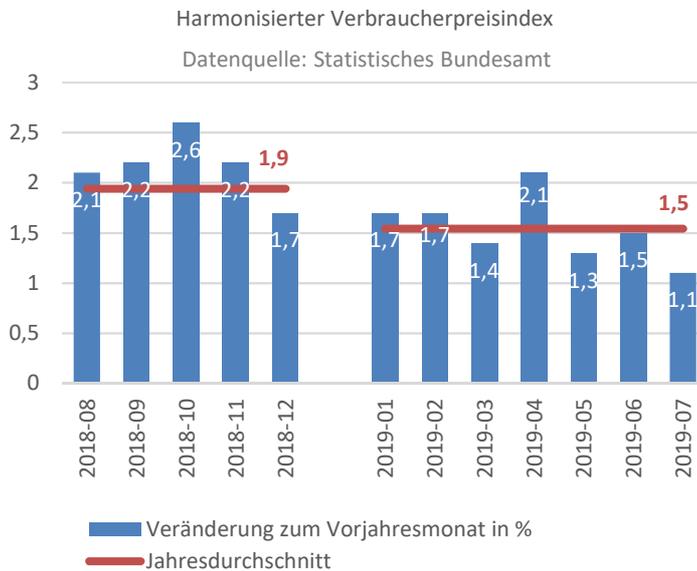
weit überproportional ab (Stadt Bremen: - 1.960 Personen bzw. - 3,5 %). Bundesweit sank die Zahl um knapp 267.000 Personen bzw. 6,3 % und damit spürbar stärker als in der Stadt Bremen. Insgesamt sinkt die Zahl der eLb in der Stadt Bremen unter 55.000, in Bremerhaven stabilisierte sie sich im Jahresverlauf unter 14.000.

Seit Jahresbeginn 2019 zeigt sich auch bezogen auf die Entwicklung der eLb eine abgeschwächte Dynamik. Der Rückgang in der Stadt Bremen zum Vorjahresmonat betrug im Juli nur noch 1,3 %, in Bremerhaven noch 4,7 %, sodass die Seestadt weiter im Bundestrend liegt. Durch diese Entwicklung sank die Zahl der eLb in Bremerhaven nach den vorläufigen Daten unter den Wert von 13.500 und damit auf einen neuen Tiefstand seit Beginn der SGB-II-Datenreihen im Jahr 2007.

Schließlich sind zwei weitere volkswirtschaftliche Größen verantwortlich für regelmäßige, exogen verursachte Ausgabesteigerungen des Stadtstaates. Dies ist einerseits die allgemeine Rate der Preissteigerung (Inflationsrate, Abbildung 8). Eine moderate Inflationsrate bewirkt, dass sich nominale Umsatz- und Einkommenszuwächse tendenziell zügig auch in realen Zuwächsen niederschlagen. Für den Staat ergibt sich aus einer niedrigen Inflationsrate vor allem ein gebremster nominaler Ausgabenanstieg etwa für Güter aus Lieferung und

(Bau-)Leistung, aber auch für Löhne und Gehälter. Für Länder mit hoher Alt-schuldenbelastung wie Bremen ist zusätzlich die Zinsentwicklung eine maßgebliche Größe. Hier ist zwischen den Konditionen des längerfristigen Kapitalmarkts und den mit kürzeren Fristen handelnden Geldmärkten zu unterscheiden (Abbildung 9).

**Abb. 8: Entwicklung der Verbraucherpreise in %**

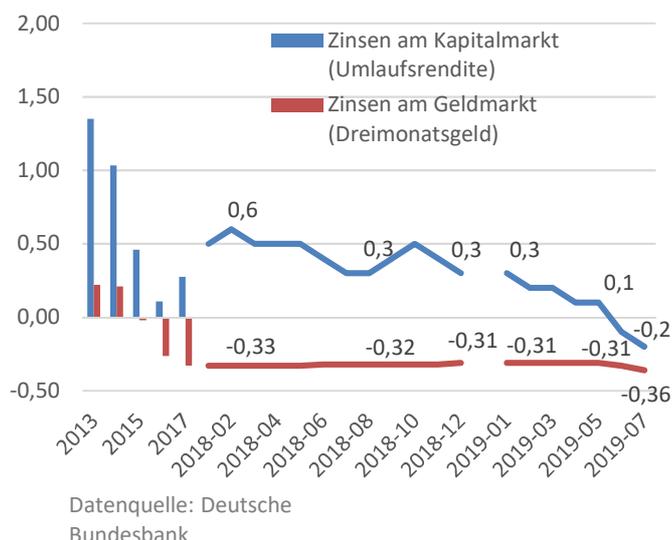


Die Inflationsrate der Verbraucherpreise betrug im Jahresdurchschnitt 2018 1,9 % gegenüber dem Vorjahr. Sie ist damit gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, rangiert aber noch unterhalb der 2%-Marke. Im laufenden Jahr beträgt der Preisanstieg bisher nur 1,5 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft damit insgesamt vor dem Hintergrund einer weiterhin moderaten Inflation. Daraus resultieren einerseits eher reale Kaufkraftzuwächse der Bevölkerung, andererseits wird der allgemeine Ausgabenanstieg der öffentlichen Haushalte gebremst.

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft damit insgesamt vor dem Hintergrund einer weiterhin moderaten Inflation.

**Abb. 9: Zinssätze am Geld- und Kapitalmarkt in %**



In hohem Maße entlastend auf die bremischen Ausgaben wirken auch weiterhin die auf historisch günstigem Niveau befindlichen Konditionen am Geld- und Kapitalmarkt. Am längerfristigen Kapitalmarkt hat sich die leichte Aufwärtsbewegung im Jahresverlauf 2018 umgekehrt. Seit Jahresbeginn 2019 entwickelt sich die Umlaufrendite sogar in den negativen Bereich. Der Zinssatz an den mit kürzeren Fristen handelnden Geldmärkten für Dreimonatsgeld blieb 2018 zwischen - 0,33 und - 0,31 % weitgehend unbeweglich. Zum letzten verfügbaren Stand im Juli 2019 erreichte er mit - 0,36 % einen neuen Tiefstand seit Einführung der Europäischen Währungsunion.

Zum letzten verfügbaren Stand im Juli 2019 erreichte er mit - 0,36 % einen neuen Tiefstand seit Einführung der Europäischen Währungsunion.

## 2. Haushalt des Stadtstaates Bremen

### 2.1 Vorbemerkungen

Im Zuge der Umstellung der Betrachtungsebenen wird zukünftig auf eine konsequentere Stadt-Land-Trennung geachtet, wobei aufgrund noch zu erfolgender verschiedener Qualitätssicherungen bei den Zahlungsverflechtungen zwischen den einzelnen bremischen Haushalten in diesem Bericht auf Detailauswertungen der Einzelhaushalte noch weitgehend verzichtet wird. Analog wird die bisher im zentralen Finanzcontrolling hauptsächlich betrachtete Darstellung des Landes inklusive der Stadt Bremen (ohne Bremerhaven) nur noch eine untergeordnete Rolle einnehmen.

Neben den Einzelhaushalten des Landes, der Stadt Bremen sowie – wenn auch nicht in gleicher Detailtiefe – Bremerhavens wird für den konsolidierten Gesamthaushalt konsequenter als in den letzten Jahren auf den in der Außendarstellung maßgeblichen Haushalt des Stadtstaates Bremen eingegangen. Da die Umstellung noch nicht vollständig abgeschlossen ist, werden in diesem Bericht hilfsweise noch Daten des Landes inkl. der Stadt Bremen betrachtet, um Entwicklungen des Stadtstaates näher zu erläutern.

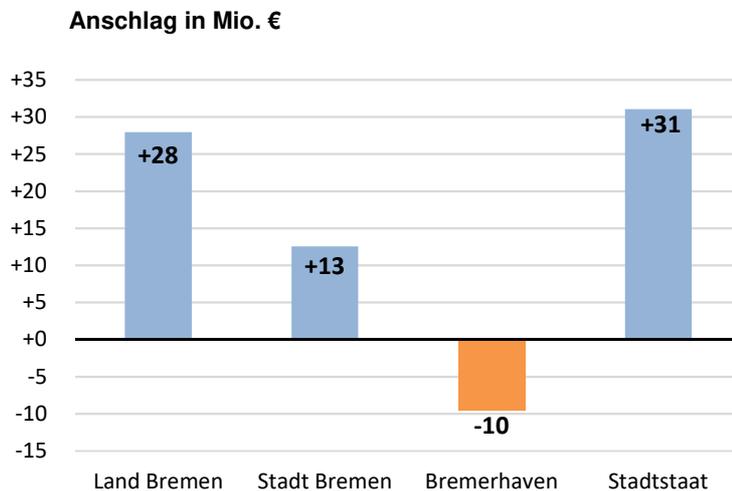
Die nachfolgende Zwischenbilanz der Haushalte nach sieben Monaten des Haushaltsvollzugs soll dabei erste Hinweise auf die Chancen und Anforderungen zur erneuten Unterschreitung des zulässigen strukturellen Defizits in den bremischen Haushalten geben. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass auch weiterhin

- die Entwicklungen der Kernhaushalte nicht unmittelbar auf die Berechnungen des strukturellen Defizits übertragen werden können, weil die – auch in diesem Jahr wieder positiven – Abweichungen der steuerabhängigen Einnahmen von den Planwerten sich hierauf nach den vereinbarten Berechnungsmethoden nicht auswirken,
- eindeutige Rückschlüsse auf das tatsächliche Jahresergebnis aufgrund der üblichen Verzerrungen unterjähriger Berechnungsstände (von den Planwerten abweichende Buchungstermine, Verzögerungen bei Bezügen zwischen Einnahme- und Ausgabepositionen, im Ist-Ergebnis noch nicht ablesbare Chancen und Risiken etc.) aus dem vorliegenden Zwischenbericht des Zentralen Finanzcontrollings nicht gezogen, d. h. eher Tendenzen aufgezeigt werden können und
- in diesem Zusammenhang auch evtl. Abweichungen zu Aussagen des Produktgruppen-Controllings der Senatorin für Finanzen zu sehen sind. Nicht enthalten sind hier beispielsweise Risiken, die aufgrund der Prognosemeldungen der Ressorts zum voraussichtlichen Jahresergebnis über das Produktgruppencontrolling ermittelt werden.

## 2.2 Konsolidierungspfad

Im aktuellen Haushaltsjahr weisen die veranschlagten strukturellen Finanzierungssalden der bremischen Haushalte nur noch geringe Sicherheitsabstände zum vereinbarten Konsolidierungspfad auf:

**Abb. 10: Sicherheitsabstand zum Konsolidierungskurs**



Dabei ist einerseits zu beachten, dass die Überschreitung Bremerhavens – wie auch schon in den Vorjahren – über die flüchtlingsbezogenen Mehrausgaben als Ausnahmetatbestand gedeckt ist. Da der Stadtstaat gegenüber dem Stabilitätsrat diesen Ausnahmetatbestand nicht in Anspruch nehmen wird, beträgt der veranschlagte Sicherheitsabstand des bremischen Gesamthaushalts somit knapp 31 Mio. €.

Zudem sind einerseits die veranschlagten globalen Minderausgaben und andererseits die globalen Mehreinnahmen zu beachten, die rein rechnerisch erst den Sicherheitsabstand sicherstellen. Diese betragen insgesamt beim Land 45 Mio. €, bei der Stadt Bremen rund 27 Mio. € sowie bei der Stadt Bremerhaven knapp 19 Mio. € und müssen im Vollzug dieses Jahres aufgelöst werden, um die Sanierungsvorgaben zu erfüllen.

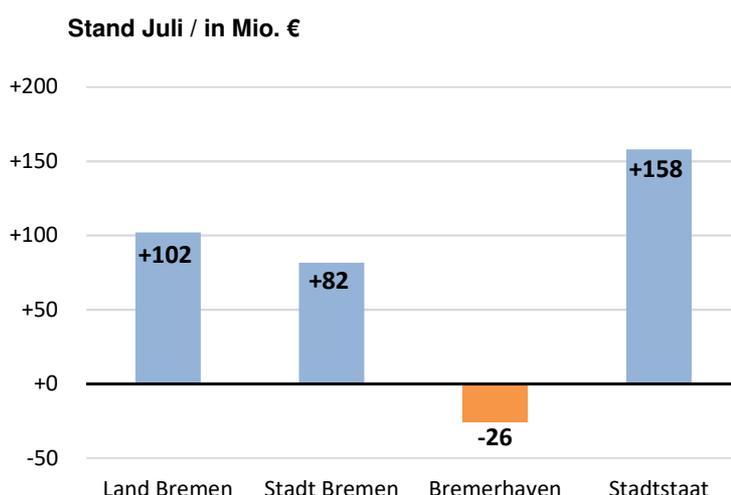
**Tab. 2: Struktureller Finanzierungssaldo**

Kennzahl	Januar - Juli				
	Land HB	Stadt HB	L + G Bremen	Bremerhaven	Stadtstaat
Mio. Euro					
<b>Kernhaushalt</b>					
Bereinigte Einnahmen	2360	1810	2965	374	3063
Bereinigte Ausgaben	2497	1753	3046	433	3204
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-138</b>	<b>57</b>	<b>-81</b>	<b>-59</b>	<b>-141</b>
<b>Bereinigungen</b>					
Finanzielle Transaktionen	10	62	72	0	72
Finanzierungssaldo BKF	4	14	18	1	20
Steuerbereinigungen (Konjunktur etc.)	-46	21	-25	5	-20
<b>Struktureller Finanzierungssaldo</b>	<b>-169</b>	<b>151</b>	<b>-18</b>	<b>-53</b>	<b>-71</b>
Planwert	-242	82	-160	-37	-180
<b>Über-/Unterschreitung</b>	<b>74</b>	<b>69</b>	<b>142</b>	<b>-16</b>	<b>109</b>

Nach sieben Monaten (siehe Tab. 2) verläuft der strukturelle Haushalt Bremerhavens unterplanmäßig, während sowohl die Stadt Bremen als auch das Land deutliche strukturelle Verbesserungen verzeichnen. Ein besonders positives Zwischenergebnis erreicht die Stadt mit einem Überschuss von 151 Mio. €.

Zusammen mit dem veranschlagten Sicherheitsabstand ist somit aus heutiger Sicht für das Land, die Stadt sowie für den für die Gewährung der Konsolidierungshilfen maßgeblichen Stadtstaat kein Risiko der Nichteinhaltung der Konsolidierungsverpflichtung 2019 erkennbar. Mit Stand Juli ergibt sich für die breemischen Gebietskörperschaften inklusive des veranschlagten Sicherheitsabstands und der unterjährigen Veränderung dabei folgendes Bild:

**Abb. 11: Sicherheitsabstand zum Konsolidierungskurs (Anschlag inkl. bisheriger Veränderungen zum Planwert)**



Zu beachten ist dabei jedoch, dass die haushaltstellenscharfe Planwertbildung noch ein relativ neues Controlling-Instrument darstellt und es somit nicht auszuschließen ist, dass sich die Werte aktuell zu positiv darstellen. Falls es einen solchen Effekt tatsächlich gibt, würde sich dieser mit den nächsten Berichten deutlich relativieren, da der Planwert zum Jahresende den Anschlag ergibt.

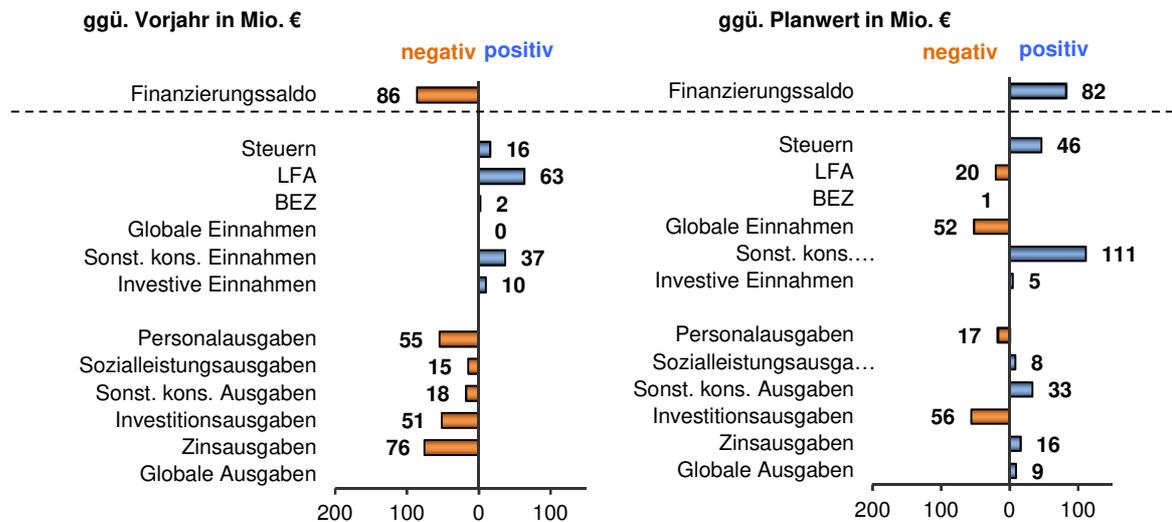
## 2.3 Kernhaushalt

Nach sieben Monaten verzerren zwei Sondereffekte die Gesamtbetrachtung erheblich. So waren die Zinsausgaben in der ersten Jahreshälfte des Vorjahres fehlerhaft gebucht, so dass aktuell der Vorjahresvergleich nur ohne Zinsausgaben sinnvoll ist. Zum Planwert fällt hingegen die hohe Überschreitung bei den Investitionen auf, die ausschließlich auf die frühe Auszahlung der Eigenkapitalerhöhung für die GeNo in Höhe von 64 Mio. € zurückzuführen ist, die erst für Jahresende geplant war.

Ohne die Fehlbuchung bei den Zinsausgaben fällt das Finanzierungsdefizit des Stadtstaates Bremen nach sieben Monaten lediglich 10 Mio. € schlechter aus als zum Zeitpunkt des Vorjahres.

Insgesamt ergibt sich nach sieben Monaten eine Haushaltsverbesserung von 82 Mio. € (Abb. 12). Würde der Effekt der vorzeitigen Auszahlung an die GeNo herausgerechnet werden, wäre es sogar eine Haushaltsverbesserung von 142 Mio. €. Diese positive Bilanz ist insbesondere auf die Einnahmen zurückzuführen, die sich um fast 90 Mio. € besser entwickeln als zu diesem Zeitpunkt geplant.

Abb. 12: Veränderungen der Haushaltspositionen Juli 2019 (in Mio. €)



Im Detail ergeben sich für die in der Tabelle 3 aufgeführten Einnahme- und Ausgabearten nachfolgend dargestellte Entwicklungen.

**Tab. 3: Haushalt des Stadtstaates Bremen**

	Januar - Juli						
	IST 2019	Planwert	IST ggü. Planwert		Vorjahr 2018	IST ggü. Vorjahr	
			Mio. €	in %		Mio. €	in %
Steuerabhängige Einnahmen	2.391	2.366	+ 25	+ 1,1	2.310	+ 81	+ 3,5
- Steuern	1.828	1.781	+ 46	+ 2,6	1.812	+ 16	+ 0,9
- Länderfinanzausgleich (LFA)	410	430	- 20	- 4,7	346	+ 63	+ 18,3
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	154	155	- 1	- 0,4	152	+ 2	+ 1,4
Sonstige konsumtive Einnahmen	590	479	+ 111	+ 23,2	554	+ 37	+ 6,6
Investive Einnahmen	81	77	+ 5	+ 6,0	71	+ 10	+ 13,8
Globale Einnahmen	0,0	52	- 52	- 100,0	0	+ 0	+ 0,0
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>3.063</b>	<b>2.974</b>	<b>+ 89</b>	<b>+ 3,0</b>	<b>2.935</b>	<b>+ 128</b>	<b>+ 4,4</b>
<b>Primäreinnahmen</b>	<b>3.063</b>	<b>2.974</b>	<b>+ 89</b>	<b>+ 3,0</b>	<b>2.935</b>	<b>+ 128</b>	<b>+ 4,4</b>
Personalausgaben	1.047	1.029	+ 17	+ 1,7	992	+ 55	+ 5,5
Sozialleistungsausgaben	724	732	- 8	- 1,1	709	+ 15	+ 2,1
Sonstige konsumtive Ausgaben	880	914	- 33	- 3,6	863	+ 18	+ 2,1
Investitionsausgaben	233	177	+ 56	+ 31,6	182	+ 51	+ 28,3
Zinsausgaben	319	335	- 16	- 4,8	244	+ 76	+ 31,0
Globale Ausgaben	0	9	- 9		0	+ 0	
<b>Bereingte Ausgaben</b>	<b>3.204</b>	<b>3.197</b>	<b>+ 6</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>2.990</b>	<b>+ 214</b>	<b>+ 7,2</b>
<b>Primärausgaben</b>	<b>2.884</b>	<b>2.862</b>	<b>+ 22</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>2.746</b>	<b>+ 139</b>	<b>+ 5,0</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-141</b>	<b>-223</b>	<b>+ 82</b>	<b>+ 37</b>	<b>-54</b>	<b>- 86</b>	<b>- 158</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>179</b>	<b>112</b>	<b>+ 66</b>	<b>+ 59</b>	<b>189</b>	<b>- 11</b>	<b>- 6</b>

## 2.3.1 Einnahmen

### Steuereinnahmen

Zwar entwickeln sich die Steuereinnahmen wie schon im gesamten Konsolidierungszeitraum weiterhin positiv, jedoch ist die Zunahme nicht mehr so signifikant wie in den letzten Jahren. Zum aktuellen Zeitpunkt hat sich die Steigerungsrate auf knapp ein Prozent minimiert (+16 Mio. €).

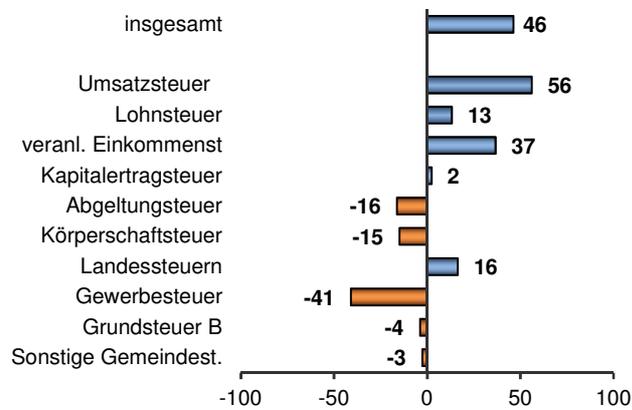
Getragen wird dieser Aufschwung rein rechnerisch lediglich von der Umsatzsteuer, die jedoch im Jahresverlauf hohen Schwankungen unterliegt. Zum Planwert liegt hier eine Verbesserung von 56 Mio. € vor.

Weiterhin positiv entwickeln sich ansonsten die Lohn- und Einkommensteuer sowie die Landessteuern, deren Verbesserung hauptsächlich auf Einzelfälle bei der Erbschaftssteuer zurückzuführen ist.

Deutlich schlechter als veranschlagt verläuft zum aktuellen Zeitpunkt die Gewerbesteuer, die eine Planwertabweichung von 41 Mio. € aufweist. Auch zum Vorjahreszeitpunkt ist hier ein starker Rückgang (ca. – 42 %) zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich u.a. um einen Basiseffekt, bedingt durch das außergewöhnlich hohe Aufkommen im Juli 2018. Zudem sind hier periodenfremde Zahlungen aus den Vorjahren zu beachten. Ohne diese Nachzahlungen ergibt sich nur eine geringe Differenz zum Vorjahr.

**Abb. 13: Steuereinnahmen / Veränderung ggü. dem Planwert**

**Stand Juli / in Mio. €**



### Finanzausgleich

Im Gegensatz zu den Steuereinnahmen erreichen die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen zusammen nicht den Planwert (- 21 Mio. €). Das Niveau des Vorjahres konnte allerdings um rund 65 Mio. € verbessert werden.

Bei den steuerabhängigen Einnahmen nach Finanzausgleich verzeichnet der Stadtstaat somit aktuell einen ordentlichen Einnahmezuwachs zum Vorjahr (+ 3,5 %) und weist damit eine leicht überplanmäßige Entwicklung auf (+ 25 Mio. €). Zu bemerken ist hier, dass mit der ersten Quartalsabrechnung 2019 eine Zahlung für 2018 in Höhe von rund 13 Mio. € eingegangen ist, die dieses Haushaltsjahr periodenübergreifend verbessert.

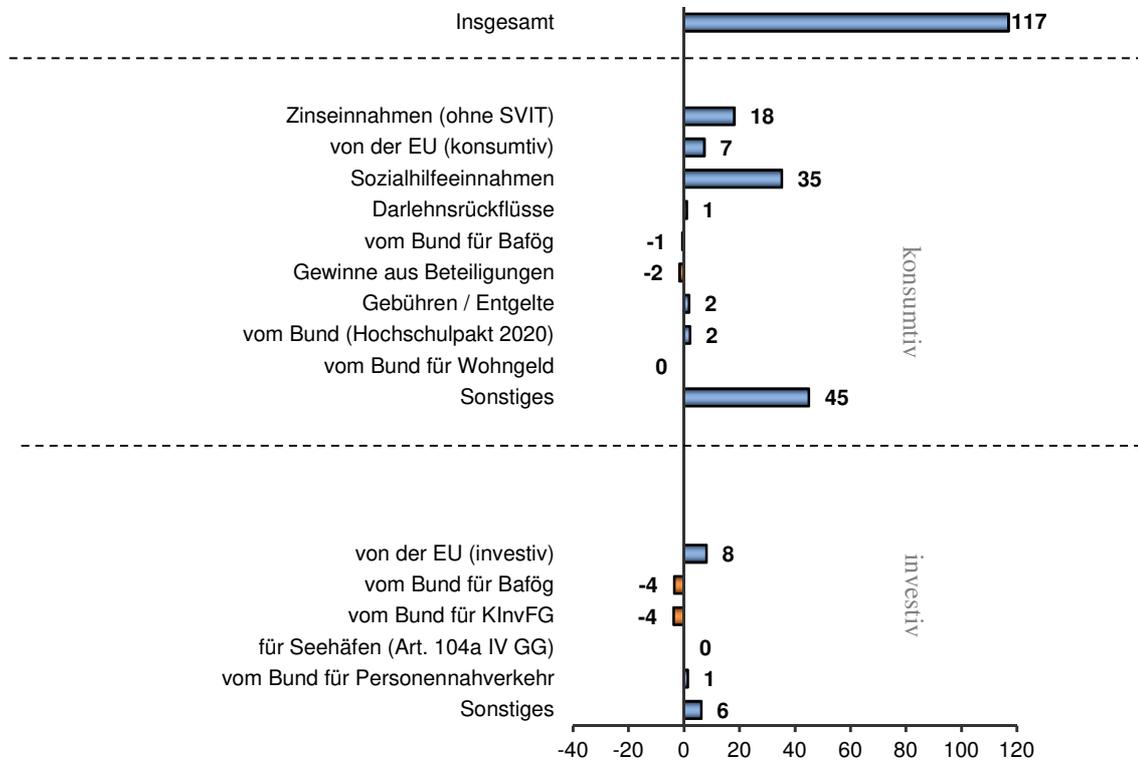
### Sonstige Einnahmen

Die übrigen Einnahmen (ohne Steuern und Finanzausgleich) entwickeln sich im Jahresverlauf sehr positiv. Die konsumtiven Einnahmen des Stadtstaates überschreiten den geplanten Wert um 111 Mio. € und auch zum Vorjahr ist eine Verbesserung von rund 7 % zu verzeichnen.

Dagegen stehen allerdings die Globalen Einnahmen (52 Mio. €), die bei anderen Positionen aufgelöst werden müssen, sodass sich diese großen Positionen rechnerisch zu einem Teil ausgleichen. Abzüglich der 52 Mio.€ weisen die konsumtiven Einnahmen dann noch eine Verbesserung von rund 59 Mio. € auf.

Abb. 14: Sonstige Einnahmen / L+G Bremen / Stand Juli

Veränderung ggü. Planwert in Mio. €



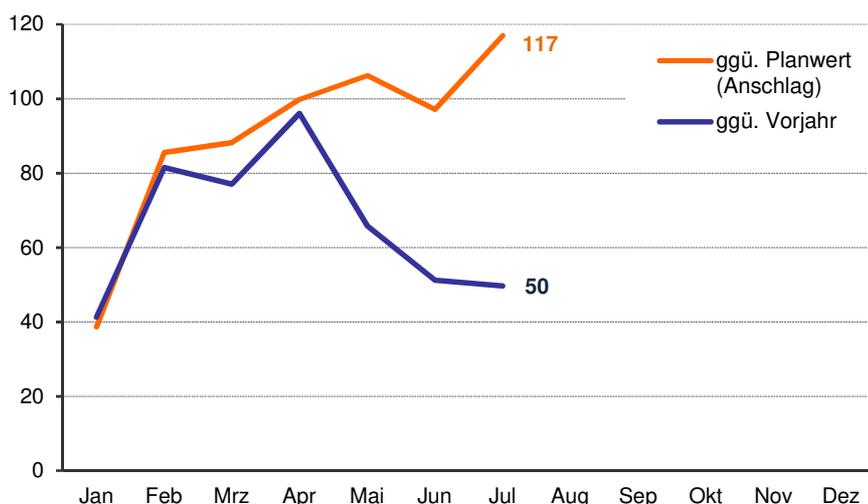
Höchste positive Planwertabweichungen bei den nicht steuerabhängigen Einnahmen verzeichnen für das Land und die Stadt Bremen dabei die Zinseinnahmen, die Sozialhilfeeinnahmen sowie viele weitere kleinere Positionen.

Fraglich ist dabei, inwieweit diese Planwertabweichungen zu wirklichen Haushaltsverbesserungen führen und somit auch im Haushaltsabschluss bestehen werden oder ob es sich vielmehr um Einnahmen handelt, die nur früher als geplant kassenwirksam wurden.

Die investiven Einnahmen des Stadtstaates haben mit 5 und 10 Mio. € ebenfalls eine Verbesserung sowohl zum Plan- als auch zum Vorjahreswert, sind allerdings im Jahresverlauf schwierig vorherzusehen.

Zusammen konnten die nicht steuerabhängigen Mehreinnahmen gegenüber dem geplanten anteiligen Jahreswert im Stadtstaat Bremen dabei (abzüglich der globalen Einnahmen) konstant auf inzwischen + 64 Mio. € gesteigert werden.

**Abb. 15: Sonstige Einnahmen / L+G Bremen / Stand Juli in Mio. €**



## 2.3.2 Ausgaben

### Personalausgaben

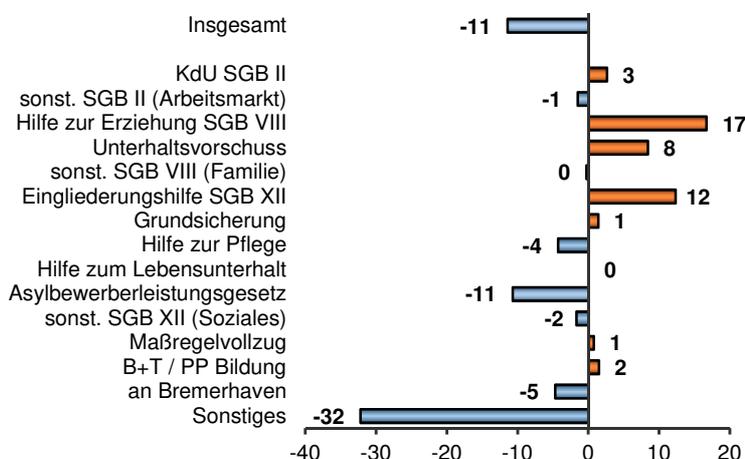
Die Personalausgaben verschlechtern den Haushalt des Stadtstaates mit Stand Juli gegenüber dem unterjährigem Planwert um 17 Mio. €. Grund dafür ist die rückwirkende Auszahlung der TV-L- und Besoldungserhöhung 2019 im Juli und August. Die Differenz zwischen dem Anschlag und dem Ist wird sich in den nächsten Monaten noch weiter verstärken. Insgesamt wird der Tarif-/Besoldungseffekt für die Personalausgaben der Kernverwaltung rd. 40 Mio. € (ohne konsumtive Zuschüsse) betragen. Dagegen stehen rd. 21 Mio. € veranschlagte Vorsorgemittel im Personalhaushalt. Die Differenz von 19 Mio. € wird aus Resten und Rücklagen finanziert. Zusätzlich wird zum Jahresende eine Überschreitung der veranschlagten Versorgungsausgaben von rd. 8 Mio. € erwartet, die ebenfalls bereits anteilig in der obigen Planwertüberschreitung enthalten sind.

### Sozialleistungsausgaben

Insgesamt entwickeln sich die verschiedenen Sozialleistungsausgaben des Stadtstaates leicht über dem Niveau des Vorjahres (+ 15 Mio. €) und ohne große Planwertabweichung (Stadtstaat - 8 Mio. €; Land und Stadt - 11 Mio. €). Innerhalb der großen Gruppe der Sozialleistungen sind aber durchaus unterschiedliche Entwicklungen feststellbar, wobei die Sozialleistungen nachfolgend aufgrund ihrer Zuordnung zur bundesweit einheitlichen Funktionskennziffer und nicht aufgrund der Produktgruppenzugehörigkeit ausgewertet wurden:

**Abb. 16: Sozialleistungsausgaben / L+G Bremen / Stand Juli**

**Veränderung ggü. Planwert in Mio. €**



Zu erkennen ist, dass beim Land und der Stadtgemeinde Bremen insbesondere die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit einer Verbesserung von 11 Mio. € und die sonstigen Sozialleistungsausgaben zu dem positiven Ergebnis beitragen. Im Bereich der sonstigen Sozialleistungen wird die Abweichung hauptsächlich durch Globale Mehrausgaben für Asyl und Flüchtlinge verursacht. Hier sind im Planwert bereits Zahlungen verzeichnet, die dann im Jahresverlauf entweder bei anderen Haushaltsstellen eine Planwertverschlechterung verursachen oder im Abschluss zu einer Haushaltsverbesserung führen.

Auch die Hilfe zur Pflege sowie Sozialleistungsausgaben an Bremerhaven weisen weitere Planwertverbesserungen auf, während die Ausgaben der meisten anderen Hilfearten über dem zu diesem Zeitpunkt geplanten Niveau liegen. Insbesondere die Hilfe zur Erziehung (+ 17 Mio. €) verzeichnet nach sieben Monaten eine deutliche Planwertüberschreitung, wobei das Vorjahresniveau um 5 Mio. € unterschritten wird.

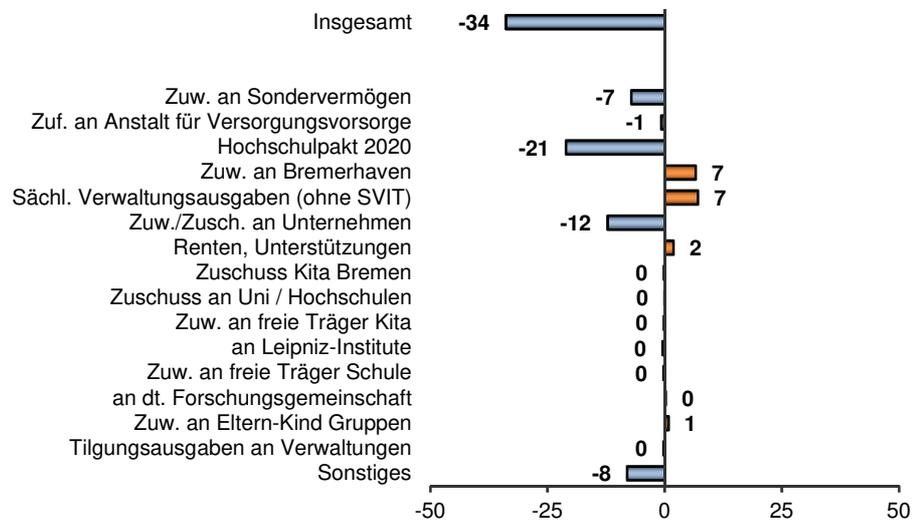
### **Sonstige konsumtive Ausgaben**

Gerade diese Ausgabeart weist ein Konglomerat von verschiedenen Sachverhalten auf, die sich auf eine Vielzahl von Haushaltsstellen verteilen. Manche stehen mit der Einnahmeentwicklung in Verbindung, einige fangen im Vollzug die Auflösung der Globalmittel auf und viele verzeichnen keine im Vorfeld klar vorhersehbare und somit monatscharf planbare Entwicklung.

Aktuell weisen die konsumtiven Ausgaben zusammen eine unterjährige Haushaltsverbesserung von rund 34 Mio. € (Stadtstaat 33 Mio. €) auf. Dabei fällt insbesondere auf, dass von den mit rund 24 Mio. € geplanten Ausgaben für den Hochschulpakt 2020 erst rund 3 Mio. € tatsächlich ausgegeben wurden.

**Abb. 17: Konsumtive Ausgaben / L+G Bremen / Stand Juli**

Veränderung ggü. Planwert in Mio. €

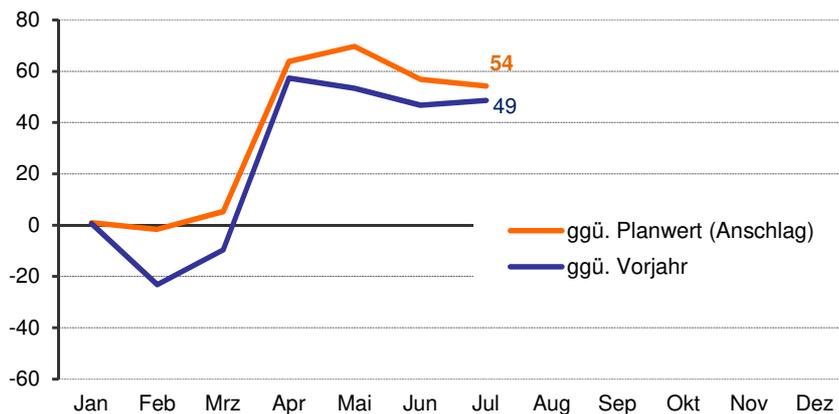


## Investive Ausgaben

Bei den Investitionsausgaben ist der eingangs genannte Sondereffekt der frühzeitigen Auszahlung der Eigenkapitalerhöhung der Gesundheit Nord zu beachten. Ohne diesen, sich zum Jahresende auflösenden Sondereffekt, weisen die Investitionsausgaben sogar eine leichte Planwertunterschreitung auf.

**Abb. 18: Investitionen / L+G Bremen / Stand Juli**

Veränderungen in Mio. €



## Zinsausgaben

Der Vorjahresvergleich der Zinsausgaben ist aufgrund von Fehlbuchungen in 2018 nicht sinnvoll. Zum Planwert ergibt sich eine positive Abweichung von 16 Mio. €. Erklärt wird dies durch das nach wie vor niedrige Zinsniveau bei Refinanzierungen von fälligen Krediten sowie bei den bestehenden variabel verzinsten Krediten, was zu geringeren Zinsausgaben als ursprünglich geplant führt.

Es ist jedoch abzusehen, dass bei den noch anstehenden Refinanzierungen Disagios anfallen, die die aktuelle Verbesserung noch geringfügig schmälern werden.

### 3. Haushalt des Landes Bremen

Tab. 4: Haushalt des Landes Bremen

	Januar - Juli						
	IST 2019	Planwert	IST ggü. Planwert		Vorjahr 2018	IST ggü. Vorjahr	
			Mio. €	in %		Mio. €	in %
Steuerabhängige Einnahmen	1.817	1.769	+ 49	+ 2,8	1.723	+ 94	+ 5,5
- Steuern	1.254	1.184	+ 70	+ 5,9	1.225	+ 28	+ 2,3
- Länderfinanzausgleich (LFA)	410	430	- 20	- 4,7	346	+ 63	+ 18,3
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	154	155	- 1	- 0,4	152	+ 2	+ 1,4
Sozialleistungseinnahmen	177	147	+ 30	+ 20,1	143	+ 34	+ 23,9
Sonstige konsumtive Einnahmen	275	230	+ 44	+ 19,3	262	+ 13	+ 5,0
Investive Einnahmen	90	83	+ 8	+ 9,3	78	+ 13	+ 16,1
Globale Einnahmen	0	25	- 25	---	0	+ 0	---
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>2.360</b>	<b>2.254</b>	<b>+ 106</b>	<b>+ 4,7</b>	<b>2.206</b>	<b>+ 154</b>	<b>+ 7,0</b>
<b>Primäreinnahmen</b>	<b>2.360</b>	<b>2.254</b>	<b>+ 106</b>	<b>+ 4,7</b>	<b>2.206</b>	<b>+ 154</b>	<b>+ 7,0</b>
Personalausgaben	406	412	- 6	- 1,5	387	+ 19	+ 4,9
Sozialleistungsausgaben	305	329	- 23	- 7,0	318	- 12	- 3,8
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.459	1.436	+ 23	+ 1,6	1.399	+ 60	+ 4,3
Investitionsausgaben	129	128	+ 1	+ 1,0	134	- 5	- 3,6
Zinsausgaben	198	210	- 11	- 5,4	104	+ 95	+ 91,4
Globale Ausgaben	0	2	- 2		0	+ 0	
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>2.497</b>	<b>2.515</b>	<b>- 18</b>	<b>- 0,7</b>	<b>2.340</b>	<b>+ 157</b>	<b>+ 6,7</b>
<b>Primärausgaben</b>	<b>2.299</b>	<b>2.306</b>	<b>- 7</b>	<b>- 0,3</b>	<b>2.237</b>	<b>+ 62</b>	<b>+ 2,8</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-138</b>	<b>-261</b>	<b>+ 124</b>	<b>+ 47</b>	<b>-135</b>	<b>- 3</b>	<b>- 2</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>61</b>	<b>-52</b>	<b>+ 113</b>		<b>-31</b>	<b>+ 92</b>	

Wie auch beim Stadtstaat verläuft der Haushalt des Landes nach sieben Monaten deutlich positiv. Besonders die Sozialleistungseinnahmen und die weitestgehend planmäßig verlaufenden Ausgaben, tragen zu diesem stabilen Haushaltsbild bei. Im Vorjahresvergleich sind besonders die Steuerabhängigen Einnahmen hervorzuheben und auch die Sozialleistungseinnahmen konnten eine Steigerung von über 20 % verzeichnen.

## 4. Haushalt der Stadt Bremen

Tab. 5: Haushalt der Stadt Bremen

	Januar - Juli						
	IST 2019	Planwert	IST ggü. Planwert		Vorjahr 2018	IST ggü. Vorjahr	
			Mio. €	in %		Mio. €	in %
Steuerabhängige Einnahmen	726	745	- 19	- 2,6	740	- 14	- 1,9
- Steuern	501	520	- 19	- 3,7	523	- 22	- 4,1
- Schlüsselzuweisungen	225	225	+ 0	+ 0,0	217	+ 8	+ 3,6
Sozialleistungseinnahmen	247	250	- 3	- 1,3	261	- 14	- 5,5
Sonstige konsumtive Einnahmen	773	698	+ 75	+ 10,7	738	+ 35	+ 4,7
Investive Einnahmen	63	62	+ 2	+ 2,5	64	- 1	- 1,0
- Vermögensveräußerungen	0	0	+ 0	---	0	+ 0	---
Globale Einnahmen	0	25	- 25	---	0	+ 0	+ 0,0
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>1.810</b>	<b>1.780</b>	<b>+ 29</b>	<b>+ 1,6</b>	<b>1.803</b>	<b>+ 6</b>	<b>+ 0,3</b>
<b>Primäreinnahmen</b>	<b>1.810</b>	<b>1.780</b>	<b>+ 29</b>	<b>+ 1,6</b>	<b>1.803</b>	<b>+ 6</b>	<b>+ 0,3</b>
Personalausgaben	435	428	+ 7	+ 1,7	413	+ 22	+ 5,3
Sozialleistungsausgaben	581	578	+ 3	+ 0,5	569	+ 12	+ 2,2
Sonstige konsumtive Ausgaben	482	493	- 11	- 2,2	451	+ 31	+ 7,0
Investitionsausgaben	160	106	+ 54	+ 50,4	109	+ 51	+ 47,2
Zinsausgaben	94	99	- 5	- 5,2	113	- 19	- 16,6
Globale Ausgaben	0	14	- 14		0	+ 0	
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>1.753</b>	<b>1.718</b>	<b>+ 34</b>	<b>+ 2,0</b>	<b>1.655</b>	<b>+ 98</b>	<b>+ 5,9</b>
<b>Primärausgaben</b>	<b>1.659</b>	<b>1.619</b>	<b>+ 40</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>1.542</b>	<b>+ 117</b>	<b>+ 7,6</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>57</b>	<b>62</b>	<b>- 5</b>	<b>- 8</b>	<b>149</b>	<b>- 92</b>	<b>- 62</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>151</b>	<b>161</b>	<b>- 10</b>	<b>- 6</b>	<b>262</b>	<b>- 111</b>	<b>- 42</b>

Der Haushalt der Stadt Bremen verzeichnet – trotz vorzeitiger Auszahlung der Eigenkapitalerhöhung der GeNo – nach sieben Monaten einen positiven Finanzierungssaldo von rund 57 Mio. €. Haushaltsverbesserungen entstehen dabei insbesondere bei den sonstigen Einnahmen, während die Steuereinnahmen 2019 erstmals seit 2002 nicht den Wert des Vorjahres erreichen könnten (aktuell – 4,1 %).

Herausgeber:

Der Senator für Finanzen  
Presse & Öffentlichkeitsarbeit  
Rudolf-Hilferding-Platz 1  
28195 Bremen

Telefon: (0421) 361-10191  
Fax: (0421) 361-2965  
Mail: [office@finanzen.bremen.de](mailto:office@finanzen.bremen.de)

Hinweise: Diese Veröffentlichung  
steht auf der Internetseite des  
Senators für Finanzen als PDF-  
Dokument zur Verfügung. Außer-  
dem werden die Einzeldatensätze  
der kameralen Haushaltsdaten im  
Transparenzportal Bremen  
([www.transparenz.bremen.de](http://www.transparenz.bremen.de))  
Veröffentlicht.